

Vereinbarung

zur Erreichung der Ziele der

Grundsicherung für Arbeitsuchende

im Jahr 2026

Zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende
schließt das
Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS)
mit dem
Landkreis Schaumburg
hinsichtlich der Leistungserbringung durch die Kommunalen Jobcenter
gemäß § 48b Abs. 1 S. 1 Nr. 4 des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch (SGB II)
für das Jahr 2026 folgende

Vereinbarung

I. Grundsätze

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende zielt darauf ab, Leistungsberechtigten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und dazu beizutragen, dass Menschen ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten können. Zu den Zielen, die daraus abgeleitet werden, zählen die Verringerung der Hilfebedürftigkeit, die Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit, die Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug sowie die Verbesserung der sozialen Teilhabe.

Gleichstellung von Frauen und Männern, im Sinne gleicher wirtschaftlicher Unabhängigkeit durch eigenständige wirtschaftliche Sicherung im Lebensverlauf, ist in der Grundsicherung für Arbeitsuchende als durchgängiges Prinzip zu berücksichtigen. Dazu müssen gleiche Chancen auf eine existenzsichernde Arbeitsmarktintegration, unabhängig vom Geschlecht, unterstützt werden.

Geflüchtete Menschen müssen eng im Hinblick auf Spracherwerb und bei der qualifikationsadäquaten Einmündung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden.

Die Erreichung der Ziele hat über die kurzfristigen, positiven Auswirkungen hinaus langfristige Bedeutung für Individuen, Staat und Gesellschaft. Sie setzt voraus, dass die Problemlagen der Menschen individuell und ganzheitlich betrachtet und gelöst werden. Die Eingliederung in Arbeit bleibt das prioritäre Ziel. Dabei ist ein enger Dialog mit den Beteiligten für einen guten Integrationsprozess sinnvoll.

II. Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit mehreren Jahren in einer Phase der Stagnation. Im Jahr 2026 erwartet die Bundesregierung, gestützt vor allem durch die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen (u. a. Investitionssofortprogramm, Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität), eine wirtschaftliche Belebung.

Für Niedersachsen erwartet das IAB mit Blick auf die ökonomischen Rahmenbedingungen unterschiedliche Trends auf dem Arbeitsmarkt. Dabei geht das IAB von einem leichten Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 0,1 % und gleichzeitig von einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit um insgesamt um 0,5 % aus. Der Anstieg wird jedoch mit einem Plus von 2,2 % deutlich stärker das SGB II als das SGB III betreffen.

Insgesamt hängen die Dynamik und Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr 2026 weiterhin entscheidend von der geopolitischen Entwicklung sowie von Auswirkungen der Transformation und weiteren Veränderungen z.B. in der Automobilindustrie auf den Arbeitsmarkt ab. Trotz Anzeichen für eine leichte Erholung und positive Impulse durch staatliche Investitionen sind weitere Reformen und Maßnahmen zur Senkung der Kosten erforderlich, um langfristigen Wachstum zu sichern.

Als finanzielle Rahmenbedingungen stehen dem Landkreis Schaumburg für die Eingliederung und Betreuung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten laut Bundeshaushalt - einschließlich der Mittel aus Ausgaberesten in Höhe von bis zu 350 Mio. Euro und des Ausgleichsbetrages nach § 459 SGB III in Höhe von 87 Mio. Euro - sowie der Eingliederungsmittel-Verordnung im Gesamtbudget rd. 16,9 Mio. Euro für das Jahr 2026 zur Verfügung:

- | | |
|--|-----------------|
| • Verwaltungskosten | 9.277.652 Euro |
| • Leistungen zur Eingliederung in Arbeit | 7.592.516 Euro. |

III. Vereinbarungen

§ 1 Verpflichtung der Vereinbarungspartner

Der Landkreis Schaumburg und das Land Niedersachsen setzen sich dafür ein, dass die in § 2 vereinbarten Ziele erreicht werden. Die Maßnahmen des Landkreises zur Zielerreichung erfolgen wirkungsorientiert und wirtschaftlich. Das Land Niedersachsen unterstützt die Zielerreichung des Landkreises durch fachliche Beratung.

§ 2 Ziele, Zielindikatoren und Ergänzungsgrößen

(1) Der Landkreis Schaumburg und das Land Niedersachsen vereinbaren sich zu folgenden Zielen:

1. Verringerung der Hilfebedürftigkeit

Ziel ist es, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung nach dem SGB II aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten, damit die Hilfebedürftigkeit insgesamt verringert wird. Für die Nachhaltigkeit dieses Ziels wird im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen eines Monitorings beobachtet.

Weiterhin soll im Monitoring die Qualität der Integrationen betrachtet werden. Hierzu wird der Anteil an bedarfsdeckenden Integrationen und die Zahl der Langzeitleistungsbeziehenden, die seit vier Jahren oder länger als erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Hilfebezug sind, beobachtet.

2. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit

Ziel ist es, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Dies soll vor allem durch Integrationen in Erwerbstätigkeit erfolgen. Zielindikator für dieses Ziel ist die Integrationsquote.

Das Ziel ist im Jahr 2026 erreicht, wenn die Integrationsquote des Landkreises Schaumburg um 2,0 % im Vergleich zum Jahr 2025 steigt.

3. Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

Ziel ist die Vermeidung und Verringerung von Langzeitleistungsbezug. Der Prävention und der Beendigung des Langzeitleistungsbezugs sollen deshalb weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Die Erreichung dieses Ziels setzt langfristige Eingliederungsstrategien und darauf konzentrierte Ressourcen voraus.

Das Ziel ist im Jahr 2026 erreicht, wenn der durchschnittliche Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden des Landkreises Schaumburg um 2,7 % im Vergleich zum Jahr 2025 reduziert wird.

4. Erweiterung der fachpraktischen Arbeitsbereiche der "Schaumburger Beschäftigungsförderung (SBG)" (individualisierte Zielvereinbarung)

Ziel ist, die fachpraktischen Arbeitsbereiche der "Schaumburger Beschäftigungsförderung (SBG)" zu erweitern.

Auf Basis der vorliegenden Erkenntnisse und Erfahrungen sowie der regionalen Handlungsbedarfe verständigen sich die Zielvereinbarungspartner für den Landkreis Schaumburg auf die folgenden Umsetzungsschritte:

- Schaffung von konzeptionellen Grundlagen für die Erweiterung des Tätigkeitsfeldes um ein weiteres Gewerk im Bereich der Maßnahmen nach § 45 SGB III
- Ausbau der Holzwerkstatt zu einer zugelassenen überbetrieblichen Ausbildungsstätte für den Tischlerberuf nach §§ 179/180 SGB III und Befähigung des Fachpersonals, die Qualifizierung "Kleiner Maschinenschein" für die Teilnehmenden nach § 45 SGB III selber durchzuführen
- Fortführung und Erweiterung der Projekte zur Gesundheitsförderung - Das Programm "Teamwork für Gesundheit und Arbeit" soll fester Bestandteil der Coaching- und Beratungsarbeit der Beschäftigungsförderung werden. Der vorhandene Gesundheitslotsen soll enger in die Arbeit der SBG eingebunden werden

Das Ziel ist erreicht, wenn die vereinbarten Schritte umgesetzt wurden sowie

- das Umsetzungskonzept für die Erweiterung der Fachpraxis um ein weiteres Gewerk vorliegt,
- die Maßnahmezulassung nach § 179/180 SGB III für die Tischlerausbildung und die Anerkennung der BG Holz-Metall für die Durchführung von Maschinenlehrgängen für die Holzbearbeitung erteilt wurde und
- die Zielgruppe, die bisher schwer oder gar nicht von Gesundheitsangeboten profitieren konnten, erreicht wurde und dadurch das Programm Teamwork besser in Anspruch genommen wird.

5. Gleichstellung von Frauen und Männern im SGB II

Das Prinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist auch in der Zielsteuerung - entsprechend der Vorgabe in § 1 Absatz 2 Satz 3 SGB II - zu verfolgen. Der Landkreis Schaumburg wird der Gleichstellung der Geschlechter auch im Jahr 2026 eine besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen,

um die Hilfebedürftigkeit von Frauen zu verringern, die Integration von Frauen in Erwerbstätigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern sowie den Anteil der Frauen in Maßnahmen zu erhöhen.

(2) Hinsichtlich der Zielindikatoren und der jeweils zu berücksichtigenden Ergänzungsgrößen findet die Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 12.08.2010 (BGBl. I S. 1152), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. März 2019 (BGBl. I S. 339) geändert worden ist, Anwendung.

§ 3 Zielnachhaltung und Zieldialoge im Land Niedersachsen

(1) Der Landkreis Schaumburg und das Land Niedersachsen führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit unterjährig in regelmäßigen Abständen – mindestens jedoch zweimal jährlich – Zieldialoge zur Entwicklung der Kennzahlen und Ergänzungsgrößen nach § 48a SGB II sowie zum Stand der Zielerreichung. Insbesondere bei Zielabweichungen und auf Wunsch des Landkreises Schaumburg können unterjährig weitere Gespräche geführt werden.

(2) Grundlage für die Zieldialoge und die Beurteilung der Zielerreichung 2026 bilden die Jahresfortschrittswerte ohne Wartezeit. Für die (unterjährige) Beurteilung der in § 2 Nr. 1 bis 3 vereinbarten Zielwerte (Zielerreichung) werden jeweils die Jahresfortschrittswerte mit den gleichen Ladeständen verglichen. Das MS stellt dem Landkreis Schaumburg regelmäßig aufbereitete Daten zur Bewertung der Zielerreichung zur Verfügung. Die Umsetzung der vereinbarten individualisierten Ziele nach § 2 werden im Rahmen der Zieldialoge thematisiert und ggf. durch gesonderte Auswertung begleitet/unterstützt.

(3) Die Gesamtergebnisse der Zielsteuerung 2026 werden auf Grundlage von Jahresendwerten 2026 ohne Wartezeit im Rahmen des Dialogs im Frühjahr 2027 bewertet.

(4) Die Auswirkungen von gesetzlichen Neuregelungen werden bei der Zielnachhaltung berücksichtigt.

(5) Abweichungen von den unter den finanziellen Rahmenbedingungen genannten Haushaltsmitteln und den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten sowie konjunkturelle und strukturelle Besonderheiten werden bei der Beurteilung der Zielerreichung ebenso berücksichtigt.

(6) In die Vorbereitung der regelmäßigen und ggf. notwendigen anlassbezogenen Zieldialoge wird der Ausschuss für Zielvereinbarungen nach § 2b des Niedersächsischen Gesetzes zur

Ausführung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuchs und des § 6b des Bundeskindergeldgesetzes (Nds. AG SGB II) einbezogen, welcher ebenfalls die maßgeblichen Grundlagen und Empfehlungen dafür erarbeitet.

Hannover, den 29. Januar 2026

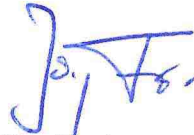
In Vertretung



(Dr. Christine Arbogast)

Niedersächsisches Ministerium für
Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung

Stadthagen, den 06. 02. 2026



(Jörg Farr)

Landkreis Schaumburg